

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

74ungen nehmen die Anzeiger  
und die Anzeiger die Poststellen  
ingen. — Erscheint wochentlich.  
Anspruch — Anschlag Nr. 53.

Regelungsposten: Die Anzeigerposten  
Poststelle für Anzeiger aus Aue und  
Umgebung 30 Goldpfennige, aus-  
wärtige Anzeiger 30 Goldpfennige,  
Kellern-Poststelle 30 Goldpfennige,  
amtliche Stelle 30 Goldpfennige.

Programme: Lageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1008.

Nr. 201

Donnerstag, den 28. August 1924

19. Jahrgang

### Nun ist's genug!

Von unserem Berliner Mitarbeiter.

Das Maß dieses Reichstages ist voll und die schändlichen empfindenden Szenen, die sich am Mittwoch abgelebt haben, haben es zum Überlaufen gebracht. Politisch ist diesem Parlament dadurch das Urteil gesprochen worden, daß seine stärkste Partei in einer Frage nationaler Lebensnotwendigkeiten trotz besserer Einsicht aller Verantwortungsbevollmächtigten, führenden Persönlichkeiten nicht den Ausweg aus der Sackgasse einer rein demagogisch eingestellten Oppositionspolitik zu finden wußte. Moralisch hat er sich selbst das Todesurteil gesprochen, indem er nicht zu verhindern vermochte, daß in entscheidungsvoller Stunde widerliche Rohheitsakte verübt und Abgeordnete blutig geschlagen wurden, die nur nach bestem Wissen und Gewissen ihre parlamentarische Pflicht erfüllt hatten. Die stürmischen Proteste, in die die gesamten Tribünen beim Anblick jener widerlichen Szene ausbrachen, gaben nur dem Empfinden Ausdruck, das von allen anständig denkenden Elementen des deutschen Volkes geteilt wird. Denn es handelte sich hier nicht etwa um einen Ausbruch berechtigter Empörung der nur in seinen Formen die Grenzen des Anstandes überschritt, in seinen Beweggründen aber anerkannt werden mußte, sondern um seit langem geplante Ausschreitungen zügelloser Raufbolde, die bewußt darauf ausgingen, das Ansehen des deutschen Reichstages im In- und Auslande zu untergraben und dem parlamentarisch-demokratischen Regierungssystem den Todesstoß zu versetzen.

Wenn was war der Anlaß zu diesen nichtswürdigen Ausbrüchen? Die Nationalsozialisten hatten die Beratung über das Londoner Abkommen benutzt, um noch einmal ihre schon so oft gestellte und von der Mehrheit des Hauses abgelehnte Forderung nach Amnestie für die politischen Verbrecher zu wiederholen, wobei sie natürlich die bereitwillige Unterstützung ihrer kommunistischen Kampfgenossen fanden. Ein bereits vom Rechtsausschuß abgelehnter Antrag in dieser Richtung sollte noch einmal auf die Tagesordnung gesetzt und dann an den Rechtsausschuß zurückverwiesen werden, damit die Frage noch einmal dort behandelt würde. Der demokratische Abgeordnete Brodau, der seine Fraktion im Rechtsausschuß vertritt, widersprach und verhinderte dadurch die sofortige Beratung dieses Antrags. Darauf stürzten sich sowohl die Nationalsozialisten wie die Kommunisten mit erhobenen Häuten unter Ausnutzung jülicher Bestimpfungen auf den Abgeordneten der ruhig auf seinem Platze saß. Verschiedene demokratische Abgeordnete stellten sich nun schützend vor ihren Parteifreund und es gelang zunächst, wieder etwas Ruhe herzustellen. Raum aber hatten die demokratischen Abgeordneten den Raum vor dem Eingange der Kollegen Brodau wieder freigegeben, als die Kommunisten ganz plötzlich und unerwartet in geschlossenen Reihen über Brodau herfielen und mit Häuten auf ihn einschlugen. In der darauf folgenden allgemeinen Prügelei wurde Abg. Brodau am Auge verletzt, während einige andere Abgeordnete mit geringeren Verletzungen davonkamen.

Abgeordneter Brodau hatte sich die Mut der Kommunisten seit langem dadurch zugezogen, daß er im Rechtsausschuß stets gegen die Amnestierung politischer Verbrecher aufgetreten war. Er steht als Richter auf dem Standpunkte, daß das Recht nicht durch ständige Amnestien zur Farce gemacht werden darf, und daß der Staat seine Autorität nur zu wahren vermag, wenn diejenigen, die gegen seine Gesetze verstoßen der verdienten Strafe nicht entgehen. Das ist ein Standpunkt den alle teilen müssen, die an der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung interessiert sind. Das deutsche Volk kann nicht aus seiner elenden Lage herauskommen, wenn es immer wieder von neuem durch Wuttsche und Umsturzbefehle Deunruhigt wird. Unser Ansehen und unsere Kreditfähigkeit im Innern wie nach außen sind verloren, wenn nicht alle besonnenen Elemente zusammenstehen und den Umstürzern ein energisches Halt gebieten. Es heißt geradezu eine Wahnidee für die links- und rechtsradikalen Verschwoeren und Mordanschläge aussetzen, wenn man sie nach kurzer Zeit wieder für kraftlos erklärt. Auf keinen Fall war wie der Abgeordnete Koch sehr richtig bemerkte, die durch die Londoner Abmachungen erzwungene Amnestierung der rheinischen Separatisten ein prächtiger Grund, das Ansehen dadurch noch größer zu machen, daß man auch die rechts- und linksradikalen Verbrecher im unbesetzten Gebiet freiläßt. Wenn einmal der Friedensplan in Kraft getreten und Ruhe und Ordnung gesichert ist dann ist es immer noch Zeit genug, Gnade walten zu lassen. Solange das nicht geschehen ist, und wie im Gegenteil durch die ablehnende Haltung der Deutschnationalen gegenüber den Londoner Verhandlungen noch

schwersten innerpolitischen Belastungen ausgesetzt sind wäre es ein Verbrechen gegen die ruhig denkende Mehrheit des deutschen Volkes, wenn man den Putschisten jetzt einen Freibrief ausstellen wollte.

Die Vorgänge dieser Tage zeigen dem deutschen Volke mit eindringlicher Deutlichkeit, wie schlecht es am 4. Mai beraten war, als es die grundsätzlichen Gegner des Parlamentarismus, die Raufbolde und Maulhelden, die uns jetzt vor aller Welt blamieren, in so

großer Zahl in den Reichstag schickte. Dieser Reichstag ist nicht arbeitsfähig aber nicht nur, weil die rechts- und linksradikalen überhaupt jede praktische parlamentarische Arbeit zu sabotieren versuchen, sondern auch weil die Deutschnationalen von ihren Agitationsphrasen nicht loskommen können. Er ist die Karrikatur einer Volksvertretung, eine Spottgeburt von Dreck und Feuer. Im ganzen Volke kann es jetzt nur die eine Stimme geben: Werft das Scheusal in die Wolfschlucht!

## Vor der Entscheidung.

Annahme der Dawesgesetze in zweiter Lesung. — Gesamtstimmung voraussichtlich erst am Freitag.

Berlin, 27. August.

Der Reichstag, dessen Mittwochssitzung vom Präsidenten Wallraf um 11¼ Uhr eröffnet wird, beschäftigt sich zunächst mit der Beratung des kommunistischen Antrages, der zu der Abstimmung am Donnerstag alle ausgeschlossenen und inhaftierten Abgeordneten zuzulassen will. Der kommunistische Antrag wird abgelehnt, ebenso der kommunistische Antrag, wenigstens Remmele und Dr. Schwarz zuzulassen.

Der Nationalsozialist Fridl beantragt, den Antrag seiner Fraktion auf Amnestierung der sogenannten politischen Verbrecher dem Rechtsausschuß zu überweisen, da durch das Londoner Abkommen die separatistischen Hochverräter im besetzten Gebiet ebenfalls begnadigt würden.

Die Überweisung ist abhängig davon, daß niemand im Hause Widerspruch erhebt. In diesem Augenblick meldet sich der Demokrat Brodau und erhebt Widerspruch. Kommunisten und Nationalsozialisten springen von ihren Plätzen auf und bringen unter tosendem Lärm gegen die Worte der Demokraten vor. Eine Anzahl demokratischer Abgeordneter stellt sich schützend vor die erste Bank der Demokraten, auf der der Abgeordnete Brodau seinen Platz hat. Der Lärm hält minutenlang an. Mit geballten Fäusten stoßen Kommunisten und Böllische laute Verwünschungen gegen Brodau aus. Nur mühsam gelingt es dem Präsidenten sich Ruhe zu verschaffen. Schon hofft man auf Beilegung des Zwischenfalls, da stürzt unter Führung des Kommunisten Reddermeier eine Schar kommunistischer Abgeordneter, darunter Köllin und Knoen, noch einmal gegen die Demokraten los. Brodau wird von seinen Fraktionsgenossen Korrell, Köbsch, Dietrich-Waden und anderen geschützt. Brodau verteidigt sich mit einem aufkommengelassenen Bündel Zeitungen. Die Kommunisten schlagen mit geschwungenen Häuten auf die Demokraten ein die nach Möglichkeit abzuwehren suchen. Auch Sozialdemokraten werden in die Prügelei verwickelt, an der sich inzwischen die meisten kommunistischen Abgeordneten beteiligen. Während im Saal der ungeheure Tumult fortbauert, erheben sich die Tribünenbesucher spontan von ihren Plätzen und stoßen laute Pfurufe und Verwünschungen gegen die Streitkämpfe aus. Im ganzen Saal herrscht ungeheure Erregung. Der Präsident, der vergeblich versucht hat, sich Ruhe zu verschaffen und mit der Glocke nicht mehr durchbringen kann, verläßt den Sitzungssaal. Der Abg. Brodau wird von seinen Freunden aus dem Saale geführt. Die erregten Dispute im Saale dauern an.

Der Abgeordnete Brodau hat leichte Verletzungen an der Stirn davongetragen, so daß ihm ein Verband angelegt werden mußte.

Nach 7 Minuten eröffnet der Präsident die Sitzung von neuem. Unter lebhafter Zustimmung der Mittelparteien, der Deutschnationalen und Sozialdemokraten erklärt der Präsident, er sei tief bestürzt durch die Vorgänge, die sich soeben abgelebt haben. Sie seien eines deutschen Parlamentes tief unwürdig gewesen. Ein Antrag Rüh auf vorläufige Verzögerung wird abgelehnt. Es gelingt dem Präsidenten durchzusetzen, daß man in der

Ausprüfung über das Reichsbahngesetz nunmehr fortfährt.

Nachdem auf Anfrage Reichsverkehrsminister Cser nachdrücklich verfahren hat, daß die Rechte des Eisenbahnpersonals durchaus gewahrt bleiben, daß vor allem die Beamten ihrer Beamtenerschaft nicht verlustig gehen und daß sie auch bei Befolgungserhöhungen die gleiche Behandlung erfahren wie die übrigen Beamten des Reiches, ist die zweite Lesung des Eisenbahngesetzes erledigt.

Zur zweiten Lesung des Mantelgesetzes zum Londoner Abkommen liegen keine Wortmeldungen vor. Infolgedessen ist auch dieses Gesetz erledigt. Die Abstimmungen werden einstweilen zurückgestellt. Stadt-Ver-

sen widmet man sich kleineren Vorlagen, die in rascher Folge erledigt werden.

Die Kommunistin Frau Gohlfeld verlangt in aufgeregtem Ton erneut die Ausdehnung der Amnestie auf die politischen Gefangenen. Der Sozialdemokrat Bollmann unterstützt dieses Verlangen.

Der Demokrat Koch-Besler erklärt, daß seine Partei grundsätzlich gegen die Amnestierung politischer Verbrecher sei, da sie das größte Gewicht darauf lege alle diejenigen mit aller Schärfe zu bekämpfen, die mit Gewalt gegen die Verfassung vorgehen. (Großer Lärm bei Kommunisten und Nationalsozialisten.)

Der Deutschnationale Quack erklärt, die Deutschnationalen würden bei der dritten Lesung in aller Offenheit ihre Stellungnahme darlegen.

Dann wird die Verhandlung unterbrochen, da der Verkettentrat zusammengetreten ist. Der Reichstag vertagt sich um 1/3 auf 5 Uhr, wo man die Abstimmungen zur zweiten Lesung vornehmen will.

Die 3. Sitzung

wird um 6 Uhr eröffnet; das Haus ist stark besetzt. Der Präsident nimmt dann sofort Stellung zu den

Tumultgehehen in der Vormittagsitzung

des heutigen Tages. Es steht fest, daß als Angreifer sich beteiligt haben: die Abg. Grube, Reddermeier und Epstein. Wegen gröblicher Verletzung der Ordnung des Hauses schließe ich die drei genannten Abgeordneten von der heutigen Sitzung aus und ich fordere Sie auf, den Saal zu verlassen.

Präsident Wallraf stellt fest, daß die drei genannten Abgeordneten seiner Aufforderung zum Verlassen des Saales nicht gefolgt sind, und unterbricht die Sitzung auf 5 Minuten.

Die Abgeordneten Grube, Reddermeier und Epstein bleiben trotzdem auf ihren Plätzen.

4. Sitzung.

Um 6,10 Min. eröffnet Präsident Wallraf wiederum die Sitzung und stellt fest, daß die Abgeordneten Grube, Reddermeier und Epstein den Saal nicht verlassen haben. Damit ist ihr Ausschluss für 8 Sitzungstage von selbst eingetreten. Der Präsident stellt weiter fest, daß die betreffenden Abgeordneten auch jetzt nicht den Saal verlassen haben und sich weigern, den Anordnungen des Präsidenten zu folgen. Damit ist ihr Ausschluss für 20 Sitzungstage von selbst eingetreten.

Der Präsident ordnet nunmehr die Räumung der Tribünen an. Er empfiehlt den Abgeordneten, den Regierungsbekretären und den Journalisten, ebenfalls ihre Plätze zu verlassen und den Saal zu räumen. Der Präsident verläßt darauf den Saal, sobald die Sitzung aufgehoben ist. Die ausgeschlossenen Abgeordneten werden darauf von den Exekutivbeamten aufgefordert, den Saal zu verlassen, und folgen dieser Aufforderung. Die im Saal verbliebenen kommunistischen Abgeordneten stimmen dann die Internationale an.

5. Sitzung.

Um 8¼ Uhr eröffnet Präsident Wallraf wiederum die Sitzung. Sofort beginnen die Kommunisten unter Anführung des Abg. Kay mit den Ruf: Wieder mit diesem Volksparlament!

Präsident Wallraf gibt der Erwartung Ausdruck, daß die notwendig gewordene polizeiliche Entfernung von Abgeordneten aus diesem Saale die letzte sein möge. Er sei durch seine Pflicht gezwungen worden, diesen Weg zu gehen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten, und zwar

in die Abstimmung zur zweiten Lesung der Gutachten Gesetze.

Die Abstimmungen über die Entschlüsseungen soll erst bei der dritten Lesung erfolgen.

Beim Vorgehen beantragen die Kommunisten namentliche Abstimmung. Als der Präsident die Unterstufungsfrage stellt, erheben sich mit den Kommunisten auch die Nationalsozialisten und mit ihnen Ludendorff. Diese Feststellung ruft bei den bürgerlichen Parteien große Erregung hervor. Die Unterstützung für den kommunistischen Antrag ist damit ausreichend und es erfolgt namentliche Abstimmung.

Gegen das Gesetz stimmen Deutschnationale, Nationalsozialisten und Kommunisten. Das Gesetz wird mit 249 gegen 171 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.